



**Kommentar**  
Peter Bußjäger

## Krisenmanagement

Nach dem Schneechaos in vielen Teilen Österreichs wurde zu Recht den zahlreichen ehrenamtlichen Helfern der Feuerwehren, der Bergrettung und anderer Einrichtungen gedankt. Wieder einmal hat sich gezeigt, wie wichtig vor allem die Existenz der

„Wieder einmal hat sich gezeigt, wie wichtig vor allem **die Existenz der vielen Feuerwehren** ist.“

vielen Feuerwehren ist. Wenn kleine Gemeinden von der Außenwelt abgeschnitten sind, ist sie mehr oder weniger die einzige Organisation, die im Ort mit entsprechenden Geräten und Know-how Hilfe leisten kann. Auch wenn man gelegentlich die räumliche Nähe der verschiedenen Feuerwehrehäuser kritisch hinterfragen kann, im Ernstfall sind die Einsatzkräfte für die rasche Hilfeleistung von entscheidender Bedeutung.

Von der Öffentlichkeit weniger beachtet geblieben, vermutlich, weil alles gut funktioniert hat, ist das Krisenmanagement der Behörden. Angefangen von den Bürgermeister\*innen, den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der Lawinenkommissionen, über die Bezirkshauptmannschaften, die Krisenstäbe in den Landesregierungen bis hin zur Zusammenarbeit mit dem Bund, der Polizei und dem Bundesheer, hat es zumindest von außen betrachtet keine Reibungsverluste gegeben.

Die Routine und Umsicht, mit der vor allem Behörden vor Ort die schwierige Situation meisterten und auch gute Krisenkommunikation betrieben, war beachtlich. Man sieht auch hier den Wert dezentral organisierter, aber gut vernetzter Behörden.

Zuweilen ist freilich auch Glück dabei: In Ramsau in der Steiermark hat eine Lawine mitten in der Nacht den Speisesaal eines Hotels verwüstet. Ein paar Stunden früher wären wohl Tote zu beklagen gewesen und Österreich wäre in den internationalen Schlagzeilen gelandet. Soweit man bisher weiß, ist der örtlichen Baubehörde nichts vorzuwerfen: Der vom Ministerium genehmigte Gefahrenzonenplan der Wildbach- und Lawinenverbauung hatte eine derart gewaltige Lawine nicht für möglich gehalten.

Wenn man aus der Praxis weiß, wie groß der Druck von Privatpersonen und Unternehmen auf die Behörden häufig ist, die Gefahrenzonenpläne zu ihren Gunsten zu korrigieren oder Ausnahmen zuzulassen, dann beweist das Ramsauer Beispiel, dass die Pläne keineswegs nur auf unrealistische Horrorszenarien abstellen, sondern im Gegenteil in vielen Fällen wohl noch verschärft werden müssen.



**PETER BUSSJÄGER**  
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.